

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apouhigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unverhegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Michaelerthor Nr. 164.

Nr. 57.

Donnerstag 11. März 1875.

IV. Jahrgang.

Pressburg, 10. März.

Die neue Regierungspartei nennt sich die „liberale Partei.“ Die Benennung ist geschickt, und wie uns scheint, nicht ohne Berechnung gewählt, denn was will heutzutage nicht „liberal“ sein und wie viele schwache Gemüther gibt es nicht, welche sich scheuen, den Anschluß an eine Partei zu verweigern, welche sich mit gewissermaßen autoritativer Betonung die „liberale“ nennt, oder gar sich einer oppositionellen Partei anzuschließen und sich dadurch einer antiliberalen Richtung verdächtig zu machen? Der Name der neuen Regierungspartei hat auch die studierende Jugend bestochen, welche ihr am 5. März einen Fackelzug brachte, wogegen aber ein Theil der Studenten mit der Bemerkung protestirt hat, sie, die Unterzeichner des Protestes begeistere nicht der 5., sondern der 15. März. Indeß bilden diese Protestanten nur einen kleinen Bruchtheil der Studenten, die Mehrzahl hat sich der Demonstration zu Gunsten der neuen Regierungspartei angeschlossen und die Minister waren über diese Kundgebung so erfreut, daß sie sämmtlich auf den Balkon heraustraten, als ein Universitätslehrer die Regierung und die vereinigte Partei begrüßte, ja die Minister Tisza und Kol. Széll hielten sogar Anreden an die Studenten und der Finanzminister sprach die Hoffnung aus, daß die Jugend die Resultate der jetzt erfüllten Pflicht dereinst genießen werde.

Wir finden es, offen gestanden, nicht gut gethan, wenn Staatsmänner, welche ernst genommen werden wollen, zu der studierenden Jugend in die politische Arena herabsteigen, von welcher diese überhaupt fern gehalten werden sollte, und hier auf dem Fuße der Gleichheit mit ihr verkehren. Die Studienzzeit ist eine Zeit der Vorbereitung auf das Leben, auch auf das politische, und es ziemt sich nicht, daß der Student die Rechte des gereiften Mannes anticipirt; der Jugend ziemt Bescheidenheit und Schweigen im Rathe der Männer, so lange sie nicht selbst in demselben sitzt, und wer, statt sie in ihre Schranken zurückzuweisen, ihre politischen Demonstrationen ermuntert oder gar provocirt, versündigt sich schwer an ihr und an der Zukunft des Landes.

Nicht ganz so begeistert, wie die studierende Jugend, blicken viele ernste Männer aus dem Bürgerstande auf die neue Regierung und ihr Programm. Die Bürger Ungarns, erklärt eine Stimme im „N. M.“, haben seit 8 Jahren den Segen des Phrasenthums vollauskostet; sie sind müde der schallenden Schlagworte, und lassen sich durch solch' Gesunkener nicht mehr täuschen. Wer das „Programm“ dieser „liberalen“ Partei auch nur oberflächlich prüft, wird bald erkennen, daß die Festhaltung an dem schlechten Alten keineswegs den Namen des „Liberalismus“ verdient. Ungarns Bürgerstand bekennt mit Baron Sennyey, daß „der Schlüssel zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten in der Ordnung unserer Administration zu suchen sei.“ Zur Ord-

nung dieser Administration führt aber keineswegs eine unmögliche Reform „innerhalb des Rahmens des gegenwärtigen Systems“, sondern nur „die radikale und rasche Aenderung dieses Regierungssystems.“

In diesen Worten liegt gewiß eine sehr verständliche Antwort auf die verwunderte Frage des „P. Lloyd“ und des „P. Kapló“: warum denn Baron Sennyey eine eigene Partei gebildet habe?

* * *

Die „Unabhängigkeitspartei“ hat ein Manifest an die „Bürger Ungarns“ erlassen, welches „Egyertés“ veröffentlicht, vom 8. d. datirt und vom Präsidenten Ludwig Mocsáry und dem Schriftführer Adam Lázár unterzeichnet ist. Es wirft dem linken Centrum seinen Abfall von den früheren Principien vor, die es gerade in dem Augenblicke aufgegeben habe, da die Deakpartei, in Atome aufgelöst, vollständig abdiciren mußte. Als der Sieg schon ganz nahe war, hat das linke Centrum sich und das Land aufgegeben. Dann wird der Ausgleich als die alleinige Ursache „unseres zerrütteten Staatshaushaltes“ angeklagt und die Nation aufgefordert, bei den Wahlen dahin zu wirken, daß im nächsten Reichstage die Principien der Unabhängigkeitspartei die Majorität erlangen.

Bei den nächsten Wahlen wird sich's ja zeigen, welchen Erfolg dieser Aufruf erzielen wird. Heute zählen die Principien des Baron Sennyey sicherlich mehr Anhänger im Lande, als die der Unabhängigkeitspartei, womit wir jedoch nicht sagen wollen, daß die ersteren schon in der allernächsten Zukunft triumphiren werden.

Die Moral im Staate.

V. Die erregten Wellen des großen und berühmten Prozesses sind verrauscht, das lebhafteste Interesse des Publikums hat sich neuen Gegenständen zugewandt; dies ist der geeignete Moment und die geeignete Stimmung, um einige große Wahrheiten, die in jenem Prozesse freiwillig oder gezwungen an das Tageslicht geboren wurden, zu registriren und der Vergessenheit zu entreißen.

Wir mußten erst staunt sein, daß in der Aera des Liberalismus in Oesterreich der Vertreter der Staatsbehörde den Satz zum Kardinalpunkt seines Plaidoyers wählen konnte, daß es Aufgabe des Staates sei, das ewig unvergängliche Sittengesetz zur Geltung zu bringen, diese Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung unverrückt zu erhalten. In der That eine große und wahre These — aber der schroffste Gegensatz gegen den zur Herrschaft gelangten, gegen den im Rath der Krone, in den gesetzgebenden Versammlungen, in der Presse, in der öffentlichen Meinung dominirenden Liberalismus. Die Grundlage dieses Liberalismus ist der Lehriatz, der in hundert Variationen uns täglich gepredigt wird: es gibt dem Staate gegenüber kein

Sittengesetz, keine unverrückbar der menschlichen Gesellschaft zum Fundament dienende sittliche Ordnung. Alles ist jeden Augenblick in das Belieben der Majorität-Fiction der gesetzgebenden Factoren gelegt. Einen anderen Gesetzgeber anzuerkennen wie den absoluten Staat; an einen Gott glauben, der das für die Menschen unantastbare, ewige Sittengesetz gegeben habe; den Verletzungen dieses Sittengesetzes — durch wen immer — die Anerkennung verjagen: dies sind bekanntlich die feststehenden Anzeichen der „Staatsfeindlichkeit“; dies sind bekanntlich Grundsätze, gegen welche der moderne Staat mit allen Gewaltmitteln, oder dort, wo man noch die Schleichwege der Stremerei wandelt, mit wohlberechneter List zu Felde zieht. Und dennoch ist die Gewalt der Wahrheit so groß, so unwiderstehlich, daß sie sich unter der Herrschaft des Liberalismus selbst im Munde eines Staatsanwalts Bahn bricht! Und sie wird sich noch eine breitere Bahn brechen; Alles, was das gesammte Volk sich noch an Gewissen gerettet hat aus der Sündfluth perverter, despotischer Doctrinen, mit denen es seit lange her vergiftet worden, wird durch das Uebermaß des Uebels zu dem lauten Proteste gedrängt werden: es gibt ein ewig unverrückbares Sittengesetz, unnahbar für unsere klägliche Gesetzfabrikation à la minute, und dieses Gesetz wollen wir heilig gehalten wissen; es gibt einen Gesetzgeber, unendlich erhaben über das miserable Gewimmel der Ehrgeizigen und Ausbeutungslustigen, die als fictive Majorität uns beherrschen; und Ihm wollen wir vor Allem dienen, Seine Herrschaft über Alles anerkannt wissen!

Es ist der erste öffentliche Schritt geschehen, vielleicht widerwillig, vielleicht unbewußt, aber geschehen ist der erste öffentliche Schritt, durch welchen der Staat wieder in sein wahres, berechtigtes Verhältnis zu Gott gestellt wird und zu der von Ihm unmittelbar gestifteten Heilanstalt, der Bewahrerin des ewigen, unveränderlichen Sittengesetzes, der unverrückbaren Grundlage der menschlichen Gesellschaft: zu der christlichen Kirche.

In der These des Staatsanwalts liegt im Keime die große Wahrheit eingeschlossen, welche allein stark genug ist, die verkehrten Doctrinen von Jahrhunderten wegzukehren, die wilden Zermürnisse der Gegenwart zu schlichten; Frieden, Freiheit und Rechtsachtung der Welt wiederzuschicken; die Wahrheit von dem naturgemäßen, gottgewollten Verhältnisse zwischen Kirche und Staat.

Von jeher hat die Kirche gelehrt und als die vernünftig-nothwendige Grundlage ihrer Existenz den Grundsatz festgehalten, daß Gott zwei Gewalten eingesetzt habe, um die Menschheit ihrer Bestimmung entgegenzuführen: die Kirche und den Staat; jede in ihrer Sphäre unabhängig von der anderen, aber dennoch auf deren Mitwirkung angewiesen; jede mit den ihr eigenthümlichen Machtmitteln ausgestattet, aber zugleich der Beihilfe der anderen bedürftig, mit einem unabwiesbaren Ansprüche auf dieselbe versehen. Die der Menschheit angewiesene Bestimmung ist aber vernunftgemäß keine andere,

wie die des Einzelnen, und da der Endzweck des Einzelnen das tugendhafte Leben ist, so kann auch — wie der hl. Thomas von Aquin sagt — der Endzweck der bürgerlichen Gesellschaft kein anderer sein, wie die Beförderung des tugendhaften Lebens der Einzelnen. In ihrem letzten Endzwecke stimmen daher Kirche und Staat überein, aber die Sphäre der Wirksamkeit ist für jeden von ihnen eine andere. Die Kirche, als „die menschliche Gesellschaft in der erneuerten übernatürlichen Ordnung“, hat in ihr Gottesreich die gesammte Menschheit zu versammeln und sie ihrem höchsten Ziele, der Seligkeit, unmittelbar zuzuführen. Der Staat dagegen, die menschliche Gesellschaft in der natürlichen Ordnung, hat die Aufgabe, die Gesammtheit, und damit jeden Einzelnen, durch ihre wechselseitige Kraftentfaltung in wohlgeordneter Weise in der Erreichung des ewigen Zieles zu unterstützen.

Der Staat ist also je in einem Endzweck nach der Kirche subsidiär; von ihr hat er in dem ewig unvergänglichen Sittengesetz die unverrückbare Grundlage seines Daseins empfangen, zu ihr verhält er sich, wie der Körper zum Geiste, und muß ihr dienen, wie das Zeitliche dem Ewigen dienen muß; er muß sich ihr unterordnen, „auf daß mit vereinten Kräften von beiden, hier unmittelbar, dort mittelbar, das eine höchste Ziel des Menschen erreicht werde.“*)

Der moderne liberale Staat, der das Verhältnis umkehrt, der die Kirche nicht nur seinen irdischen Zwecken dienstbar machen, sie daher ihrer eigenen immanenten Idee entfremden will, befindet sich also in der That in dem verwerflichen Zustande eines Menschen, welcher die Materie über den Geist die Oberhand gewinnen, sich von seinen sinnlichen Trieben widerstandslos beherrschen läßt.

Die öffentliche Meinung ist noch nicht allenthalben so weit heruntergekommen, dies für einen normalen Zustand bei dem Einzelnen anzuerkennen; sie wird hoffentlich noch dahin kommen, allgemein zu erkennen, daß auch im Staate das Geistige über das Materielle, das Sittliche über die Triebe herrschen muß, und ein erfreuliches Symptom dieser richtigen Erkenntnis finden wir in nuce in dem Satze des Wiener Staatsanwaltes.

Oder sollte demselben vielleicht ein Moralgesetz ohne Gesetzgeber, eine Sittlichkeit ohne Gott vorgezeichnet haben? Auch diese zu vertreten, wird ihm von dem consequenten Liberalismus mit nichten gestattet. Man höre, was das Organ Denkeim's, die „Neue freie Presse“, darüber am 2. März schreibt: „Die Sittlichkeit hat ihre Stätte in der Menschenbrust, im Recht und im Gesetz, aber nicht immer mehr neben oder über diesen. Haben Recht und Gesetz gesprochen, so ist auch der Sittlichkeit Genüge geschehen. Der Rechtsstaat der Neuzeit verwirft diese angeblich „höhere Sittlichkeit“ als etwas Willkürliches und unterscheidet sich eben dadurch vom Staate des Feudalismus und Absolutismus. Ein Staat, der nach den Grundsätzen einer solchen „höheren Sittlichkeit“ regiert würde, geriethe ganz auf dieselben Abwege, wie ein Staat, dessen oberstes Gesetz ein römisches Dogma wäre. Die Gesetze des Staates schützen Religionsbekenntnisse, Sittlichkeit und Ueberzeugung seiner Bürger, unter der Bedingung, daß das Gesetz von ihnen anerkannt und geachtet wird. Ein Staat, in welchem Religion und Moral sich erheben wollten über die Gesetze, wäre das Bild der Willkür und Anarchie.“ — Das ist consequent liberal: der Staat ist der präzente Gott, sein Gesetz das öffentliche Gewissen; staatsfeindlich ist Jeder, der daneben oder darüber noch irgend eine Autorität anerkennt — also auch der Wiener Staatsanwalt, Graf Lametzan!

Wie erhaben steht diesen nichtswürdigen, slavischen Doctrinen gegenüber der alte Heide Cicero, der (de leg. II. 4.) sagt: „Nicht dann beginnt das Recht, wenn es geschriebenes Gesetz wird, sondern dann, wenn es entstanden ist. Entstanden ist es aber zugleich mit dem göttlichen Geiste.“ Wir thun überhaupt dem antiken Heidenthum, welches von einem freilich gebrochenen Strahle der göttlichen Offenbarung durchleuchtet und durchwärmt war, schweres Unrecht, wenn wir die gottesfeindliche Fäulnis, welche der Liberalismus unserer Zeit aushaucht, als „Heidenthum“ bezeichnen.

*) Wilhelm Molitor, „Brennende Fragen“.

Politische Uebersicht.

Bresburg, 10. März.

Das Abgeordnetenhaus hält morgen Sitzung, in welcher es die Spezialdebatte über das Budget beginnt. Aus der vorgestrigen Sitzung tragen wir das Wesentlichste aus den Reden Koloman Szell's und Paul Sennyei's nach. Der Finanzminister Szell hält die Vorlage eines detaillirten erschöpfenden Finanzprogrammes zur Zeit nicht für zweckmäßig. Die Regierung gedenkt erst dann mit Resultaten vor den Reichstag zu treten, wenn sie unter Einem konkrete Vorschläge, auf verlässlichen Berechnungen basirte Pläne unterbreiten können wird. Um zur Lösung der vorgedachten Aufgaben Zeit zu gewinnen, mußte die Regierung davon Abstand nehmen, für das laufende Jahr ein neues Budget vorzulegen; sie acceptirt daher die für 1875 unterbreitete Budgetvorlage mit den vom Finanzausschuß daran vorgenommenen Aenderungen. Redner bietet in allgemeinen Zügen eine Orientirung über die Ersparungen, die im Rahmen des 1875-er Budgets möglich sind. Namentlich hinsichtlich der Bedeckung wünscht er einige Posten zu rektifiziren. Beim Tabakgefälle hat der Finanzausschuß 29,744.850 fl. angenommen, welche Summe um 1,086.000 fl. sinken wird, und Redner wünscht daher jene Summe mit 28,658.000 fl. festzustellen. Bei den Einnahmen aus den Bergwerken wären 519.000 fl. in Abschlag zu bringen; diese beiden Posten betragen zusammen 1,600.000 fl. Aus dem Budget für 1875 sind ferner aus Irrthum ausgeblieben die in diesem Jahre fällige Staatsubvention für den Franzenskanal mit 500.000 fl. Im Ganzen würde sich somit die Bilanz des Budgets um 2 1/2 Millionen verschlechtern. Die Regierung war bemüht, als Gegengewicht schon im Jahre 1875 Ersparnisse durchzuführen, welche sie in der Spezialdebatte bei den betreffenden Posten näher darlegen wird. Im Rahmen der Etats für das Innere, des Handels und der Kommunikation werden 350—400.000 fl. erspart werden können, in dem Etat des Finanzministeriums 2,350.000 fl. zuzüglich des durch die Nichtinangriffnahme der Katasterarbeiten ersparten Betrages. Von der Durchführung der im Steuerauschuße so verhandelten Gesetzeswürfe erwartet er circa 4,584.000 fl. noch in diesem Jahre. Auch mit Einrechnung dieser Summe bleibt das Defizit noch erheblich, woraus er die Folgerung zieht, daß dieses Budget mit seinem Defizit ein Uebergangsbudget bleibe, und daß man das, was hinsichtlich dieses Budgets nicht mehr geschehen konnte, mit ganzer Kraft bei dem Budget des nächsten Jahres thue.

Daniel Brányi vermißt in der vom Ministerpräsidenten vorgelegten Serie von Gesetzen, welche noch in dieser Session erledigt werden sollen, den Gesetzentwurf über die Religionsfreiheit und den Gesetzentwurf über die Civilehe.

Baron Wenckheim erklärt, betreffs der Religionsfreiheit und der Civilehe könne die Regierung, bei der hohen Wichtigkeit dieser Frage, bevor sie darüber genaue Besprechung gepflogen, noch nichts Positives vorlegen. Doch werde die Regierung noch im Laufe dieser Session eingehend ihren Standpunkt in dieser Frage darlegen.

Hierauf ergreift Baron Paul Sennyei das Wort und erklärt in seinem und seiner Prinzipiengeossen Namen, ihre Absicht gehe dahin, bei der Spezialdebatte die Beschleunigung der Verhandlungen zu fördern und ihrerseits der Anregung prinzipieller Debatten auszuweichen und zwar aus zwei Gründen: erstens, weil es für die Regelung unierer finanziellen Wirren von höchster Wichtigkeit sei, daß jene Reformfragen, welche auf die Finanzen eine natürliche Rückwirkung haben, gelöst werden und daß zur Durchführung derselben dem Ministerium Zeit gelassen werde, und zweitens weil das zu verhandelnde Budget nicht das der gegenwärtigen Regierung sei. Redner führte diese beiden Gründe näher aus und sagte bei der Darlegung des ersten Grundes u. A.: „Hier sei nebenbei bemerkt, daß ich nicht in der Lage sein kann, heute eine meritörische Erklärung bezüglich der Vorlagen abzugeben, welche der geehrte Finanzminister heute gemacht hat und welche, wie er selbst ganz richtig bemerkte, ein Finanzprogramm nicht bilden — wie denn ein solches heute überhaupt nicht zu erwarten ist. Nur

bezüglich eines Punktes will ich eine Bemerkung machen, und das ist, daß der Finanzminister, das Plus und Minus vorbringend, eine wesentliche Verbesserung der finanziellen Bilanz nicht in Aussicht stellt und gleichzeitig erklärte — und ich gestehe zu meiner großen Freude —, das Ministerium sei schon in der Lage, bei den Details Ersparnisse im beiläufigen Betrage von 2,700.000 fl. in Vorschlag zu bringen. Es ist wohl wahr, daß die Ersparnisse, soweit sich dieselben auf das Finanzministerium beziehen, entweder solche sind, die — wie die Kosten für den Kataster, welche auf das nächste Jahr übergehen, nachdem die Arbeiten jetzt noch nicht begonnen werden konnten und die Ausgaben auch nicht in Rechnung kommen können — keine Ersparnisse bilden (So ist's! von der äußersten Linken), andererseits aber solche sind — ich spreche dies nicht als Tadel, sondern behufs Klärung der Verhältnisse aus —, welche daraus entstanden sind, daß, nachdem die Bedeckung sich geändert, auch bezüglich der Ausgaben gewisse Herabminderungen eintreten mußten. Diese letzteren bilden daher, wenn ich recht unterrichtet bin, — da sie nicht detaillirt wurden — sozusagen durchlaufende Posten. Aber ich denke, daß die Ersparnisse, welche bei den Ministerien des Innern, des Handels und der Communication etwa mit 400.000 fl. proponirt werden, wenn auch nicht ganz, so doch zum größeren Theile wirkliche Ersparnisse sein werden. Und meiner Ansicht nach bietet das eine Satisfaction für jene, welche bei der Budget-Generaldebatte der Ansicht waren, daß es solche Posten geben könne, geben müsse, welche einen Gegenstand der Reduktion bilden, und daß Ersparnisse möglich sind in dem Budget, welches damals nur im Allgemeinen verhandelt wurde und wobei die Reduktionen nicht erschöpft waren. Das hob ich bloß deshalb hervor, geehrtes Haus, weil von mehreren Seiten jene, welche darauf Gewicht legten und dies hervorhoben, eben auf diesem Gebiete angegriffen wurden; ich aber kann daraus nichts Anderes folgern, als das: wenn die Regierung schon heute nach einer vielleicht nicht ganz eingehenden Prüfung — wie dies bisher gar nicht anders möglich war — in der Lage ist, wenn auch nicht sehr bedeutende, so doch beachtenswerthe Reduktionen vorzuschlagen zu können, das uns Hoffnung und für die Zukunft Anspruch darauf gibt, sie möge in dem Verhältnisse, in welchem theils in Folge der vorbereitenden Schritte, theils nach den organischen Arbeiten, betreffs welcher ich selbst ihr Zeit zu gewähren wünsche, schon im Laufe dieses Jahres die Möglichkeit größerer Ersparnisse hervortreten wird, dieselben in ihrer ganzen Ausdehnung zur Geltung bringen. Was mich betrifft, so werde ich sicherlich die Gelegenheit nicht verabsäumen, anspornend, anfeuernd zu wirken, und das Ministerium zu bitten, daß sich dasselbe bestrebe, all' dasjenige, was in dieser Richtung auf administrativen Wege durchzuführen ist — wie dies auch von meinem geehrten Freunde in Aussicht gestellt wurde — in dem Rahmen des vorirten Budgets zu erreichen. — Bei der Ausführung des zweiten Grundes bemerkte der Redner: „Da es meiner Ansicht nach von Gewicht ist, daß gerade bei Verhandlung der finanziellen und insbesondere der Budgetfragen die Initiative und die damit verbundene Verantwortung in der Hand der Regierung liege, und weil ich diese Verantwortung nicht dadurch alteriren will, daß das geehrte Haus bei einzelnen Posten durch die Dekretirung gewisser Ersparungen diese Verantwortung gewissermaßen paralyse, halte ich es für correcter, daß die einzelnen Posten dieses Budgets seitens des Hauses als Maximum betrachtet werden sollen und das Haus den Wunsch ausspreche, daß die schon begonnenen Ersparungen durch die Regierung auch im Rahmen dieses Budgets auf das Energichste fortgesetzt werden.“

In Oesterreich ist das Ereigniß des Tages die überraschende Hausbewegung, welche von Paris ausgehend, auch die Wiener Börse ergriffen hat, und welche durch den Commentar, den ein sonst so deutschfreundliches offizielles Organ, die „Montags-Revue“, ihr widmet, sogar eine gewisse politische Bedeutung erlangt hat. Das offizielles Blatt schreibt nemlich u. A.: Paris hat sich seine dominirende Stellung auf dem Weltgeldmarkte zurückerobert. Paris will seinen Erfolg zur vollen Geltung bringen und obenan waltet der Gedanke,

Deutschland und Oesterreich wieder zu dominieren. Deutschland steht auf sehr gespanntem Fuße mit Frankreich. Seit der Emission der Milliardenanleihe hat Deutschland sich in einem unbegrenzten Umfange der Contremine in französischen Renten-titres ergeben. Seit dem Emissionskurse von 82 bis heute zu 103.50 hat Deutschland in jeder Liquidation schwere Millionen nach Paris bezahlt. Um dafür Revanche zu nehmen, hat insbesondere Berlin ein französisches Lieblingspapier, die Aktien der österreichischen Staatsbahn, gefixt und gute Kenner des Marktes behaupten, daß Berlin, Hamburg und Breslau mehr solcher Aktien in Bianco verkauft haben, als faktisch existieren. Paris macht nun die Rechnung für diese Liebhaberei und Berlin wird sie liquidieren. Dabei hüte man sich vor einer Täuschung: Was bis jetzt in Paris vorgeht, ist kein Schwindel. Es gibt dort keine Gründungen mit Gründungsgagio, sondern es sind durchwegs reelle Werthe, welche die Franzosen höher taxieren. Die Bewegung ist erst am Anfange und wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter gehen.

Zwischen Wien und Paris hat wirthschaftlicher Meid nie bestanden, im Gegentheile war Paris ein willkommener und bereitwilliger Compagnon für zahlreiche österreichische Unternehmungen. Paris wird, um sich einen Bundesgenossen gegen Berlin zu schaffen, gewiß auch jetzt mit Wohlwollen und mit kräftiger Hand Wien entgegenkommen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus gab es vorgestern Anläufe an den Prozeß Deneubem. Es kam nämlich der Antrag des Dr. Max Wengler auf ein Incompatibilitätsgesetz zur ersten Lesung und wurde an einen Ausschuß verwiesen. Der Abg. Lienbacher von der Rechtspartei führte aus, daß dieses Gesetz eigentlich ein Compatibilitätsgesetz sei, da es nur verlange, daß einfache Abgeordnete, welche zu Verwaltungsräthen avanciren, sich einer Neuwahl unterziehen müssen; „das heißt“, sagte Lienbacher, „man verlangt, daß das, was bisher vom Volke mit scheelen Augen angesehen worden ist, was bisher in übler Weise stigmatisirt worden ist, durch ein Plebiszit sanctionirt werde. Ich kann dem nicht recht zustimmen.“ Weiter brandmarkte der Redner die parlamentarische Corruption, welcher man einen Niegel vorschreiben mußte, und fügte bei: „Nun frage ich, was scheint Ihnen bedenklicher, meine Herren, was scheint Ihnen, meine Herren, unanständiger oder verächtlicher: wenn Jemand für seine parlamentarische Thätigkeit sich die Stelle eines Verwaltungsrathes zusichern ließ, oder wenn Jemand sagt: Ich verlange keine Verwaltungsrathsstelle, aber ein Trinkgeld von 20,000 fl., 30,000 fl., 100,000 fl., das ich in meine Tasche stecke, mich aber im Uebrigen nicht weiter um Euch kümmerne. (Sehr gut! Bravo! Heiterkeit.) Nun frage ich, mit welchem Paragraphen mißt der Antrag einen solchen Mann? Er verliert nicht einmal sein Mandat, und ich glaube daher, daß der Ausschuß, der vom Hause gebildet werden wird, auch dieser Frage seine Aufmerksamkeit zuwenden werde, damit man nicht die Minderntresse, sondern auch vorzugsweise diejenigen, welche die schwere Sünde auf sich haben. (Lebhafte Beifall.) Gistra soll bei diesen Säen alle Farben gespielt und sogar versucht haben — roth zu werden, wogegen Sueß mit einer sehr durchsichtigen Anspielung auf einen Prozeß, welchen der athenische Gesetzgeber Pylurg vor vielen Jahrhunderten gegen einen persischen Satrapen veranlaßte, der sehr viel Geld zur Erreichung gewisser politischen Zwecke unter die Bevölkerung vertheilte, die Oseheim'sche Moral in Schutz nahm, indem er u. A. sagte: „Und was war der Schluß jener großen Verhandlungen? Es war dieses, daß man allerdings in Athen zur Ueberzeugung gelangte, daß es leichter sei, sociale Schäden bloßzulegen, als sie zu heilen (Rufe: Sehr gut!), und daß es nicht ein einzelner Fall sei, welcher durch den Prozeß Harpalus bloßgelegt werde, sondern daß es sich hier handle um die Erkenntniß eines Zustandes der Dinge, die hervorgegangen waren aus vielen allgemeinen Ursachen, von welchen die erste die war, daß in Athen eine veraltete Confession, eine veraltete Religion herrschte, die mit den vorgeschrittenen Anschauungen nicht mehr im Einklang stand.“ Also

merkt's euch, ihr katholischen Oesterreicher, eure Religion ist veraltet, sie steht nicht mehr mit den „vorgeschrittenen Anschauungen“ im Einklang. Der Professor Sueß sagt es euch und ruft euch mit einer vom Papste verworfenen Proposition im Syllabus zu: Die Religion muß sich mit dem Fortschritt, mit dem Liberalismus und mit der modernen Civilisation versöhnen und vergleichen.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Leiter des Handelsministeriums einen Gesetzentwurf über die Maximaltarife für den Personenverkehr bei mehreren Eisenbahnen ein. Hierauf wurde die Debatte über das Gebäudesteuer-Gesetz fortgesetzt. — Der Budget-Ausschuß hat mit allen gegen 5 Stimmen jede Unterstützung für die Weltausstellung in Philadelphia abgelehnt. Die Regierung hatte 150,000 fl. gefordert. Compercq beantragte 50,000 fl., der Ausschuß bewilligte gar nichts.

In Frankreich, wo eine ähnliche Partefusion, wie in Ungarn sich vollzogen hat, stößt die Bildung des neuen Ministeriums der durch diese Partefusion geschaffenen Republik auf größere Schwierigkeiten, als die Neubildung des Kabinetts bei uns in Ungarn gefunden hatte. Ein gestern Mittags um 1 Uhr an uns aufgegebenes, aber wegen Störungen auf der Telegraphenstation erst eine Stunde vor Mitternacht uns zugekommenes Telegramm berichtet: Die Bildung des neuen Ministeriums ist auf Hindernisse gestoßen. Die Linke verlangt ein weiteres Portefeuille für sich, wenn ein Mitglied des rechten Centrums Minister des Innern wird. Audiffret Pasquier verweigert die Annahme des Portefeuilles des Innern. Die Agence Havas meldet vom 8. d. M.: Man verzweifelt, Buffet habe die Mission, ein neues Cabinet zu bilden, abgelehnt. Die Unterhandlungen mit den Fractionen der Linken sollen aufgegeben sein. Ueber den Ausgang der Krise circuliren widersprechende Gerichte. Die Linke hofft noch, daß Audiffret das Portefeuille des Innern annehmen werde, und hat deshalb die beabsichtigte Interpellation wegen der Cabinetkrisis auf morgen vertagt.

Ueber das Programm, welches Dufaure und Buffet bereits am Sonntag vereinbart hatten, macht ein Pariser Correspondent der Indépendance folgende Mittheilungen: Die Kammer wird innerhalb sechs Monaten aufgelöst und die drei Präfecten von Lyon, Bordeaux und Marseille (Ducros, Pascal und Tracy) sogleich abgesetzt. Endlich soll in ganz Frankreich, mit Ausnahme von Paris, Marseille und Lyon, der Belagerungszustand aufgehoben werden. Weiters hat Dufaure eröffnet, daß er die gerichtlichen Acten über die bonapartistischen Untriebe der Commission ausliefern werde. Dieses Programm wurde, derselben Quelle zufolge, in republikanischen Kreisen sehr gut aufgenommen.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. d. M. wurde die Dringlichkeit des Antrages des Marquis de Floenc angenommen, nach welchem kein Ausländer ohne Zustimmung des Arbeitsministers zum Präsidenten einer Eisenbahn-Gesellschaft gewählt werden könne.

In der Sitzung des englischen Oberhauses vom 8. d. M. zeigt der Lordkanzler an, daß die Regierung sich veranlaßt sehe, die Amendirungsvorlage zu dem Gerichtsreform-Gesetze vom Jahre 1873 zurückzuziehen, nachdem die Absicht, die Obergerichtshoheit des Oberhauses aufzuheben, auf lebhafteste Opposition stieß. Der Entschluß der Regierung wird von Lord Selborne und Lord Grey bemängelt, dagegen von Derby und dem Herzog von Richmond gutgeheißen. Im Verlaufe der Sitzung rechtfertigte Derby in Folge einer Anfrage Granville's die Anerkennung der Regierung Errando's und des Königs Alfons seitens Englands und sicherte die Vorlage der bezüglichen diplomatischen Correspondenz zu, insoweit dieselbe mit Rücksicht auf andere Regierungen mittheilbar ist. Das Unterhaus hat den Antrag Pawson's auf Herabsetzung des Standes der activen Armee mit 224 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Tagesneuigkeiten.

* (Personalnachrichten.) Erzbischof Haynald begibt sich, wie „Selenfor“ meldet, zu Ostem nach Rom ad visitanda limina. — Vorgestern Mittags versammelten sich, wie „Selenfor“ meldet, im Palais des Grafen G. Karolyi zahlreiche Mitglieder der hohen Aristokratie zur Feier der Taufe des neugeborenen Sohnes des Grafen Julius Karolyi, ältesten Sohnes des Grafen Georg Karolyi. Der Neugeborene erhielt die Namen Michael, Adam, Georg, Nikolaus. Die Taufe vollzog der Pfarrer der inneren Stadt, Abt Michael Schwendtner.

* (Todesfall.) In Rom starb am 8. d. Cardinal Varili.

* (Das katholische Casino in Szathmár) hat sich, nachdem seine Statuten die behördliche Genehmigung erhalten haben, als ein „Berein zur Wahrung katholischer Interessen“ constituirt. Aufgefallen ist uns, daß es sich nur katholisches und nicht katholisch-politisches Casino nennt. Sollte es nur als ein katholischer Verein mit Ausschluß jeder politischen Thätigkeit genehmigt worden sein? Wo bliebe dann das gleiche Recht für Alle? Wie dem aber auch sei, Vereinigungen thut uns Katholiken der vereinten Anstrengungen unserer Gegner wegen noth und darum empfehlen wir unsern in der Umgebung von Szathmár wohnenden Lesern auf das Angelegentlichste, dem neu gegründeten katholischen Casino beizutreten und Mitglieder für dasselbe zu werben.

* (Unglücksfall.) Der nahe bei Höchst, hart an der tirolischen Grenze gelegene Steinbruch von St. Margarethen war Samstag der Schauplatz eines gräßlichen Unglücks. Ein gegen 60 Centner schwerer Marmorblock sollte auf den bereitstehenden, eigens gebauten Wagen gehoben werden und zeigte sich bei zwei Winden eine Sentung. Der Werkmeister Josef Rattan, ein in Höchst ansässiger Familienvater, kroch unter den Stein, um die Ursache der Neigung zu erforschen. Kaum bestand er sich unter dem Blocke, als die zwei schadhafte Binden nachgaben, die hölzernen Stützen wurden zerplittert und die ganze Wucht des Steinnes fiel auf den Unglücklichen. Als nach sechsstündiger anstrengender Arbeit der Steinblock entfernt war, fand man nur die formloze unkenntliche Masse des im wahren Sinne des Wortes zu Brei zerdrückten Unglücklichen. Er hinterläßt eine Wittwe mit zwei kleinen Kindern.

* (Ein richtiger Schluß.) Ein reicher Banquier zu Poitiers in Frankreich machte Bankrott, und es begegneten drei seiner Gläubiger einander und frugen sich, wie hoch die Summe sei, die sie verloren hätten. Der erste sagte, daß er 30.000; der zweite, daß er 39.000; der dritte erklärte, daß er nur 7 1/2 Frcs. verloren habe. „Aber“, versetzte der Erste, „der Banquier hat mir doch gesagt, daß er Ihnen 45.000 Frcs. schulde. Wie haben Sie denn Ihr Geld zurückbekommen?“ „Ganz einfach, ich habe mein Geld zurückverlangt und der Banquier hat es mir ausgegahlt.“ „Dann hat man Sie jedenfalls über den bevorstehenden Bankrott benachrichtigt.“ „Freilich, das Journal „la Verité de l'Ouest“ hat mich zeitig gewarnt.“ „Aber wie kommt es denn, daß die 10.000 Abonnenten dieser Zeitung eine solche Warnung darin nicht gefunden haben?“ Man wird es wohl gelesen, aber nicht begriffen haben. Die Sache verhält sich einfach so: Im verflorenen Jahre hat unser Banquier zu Angers bei Gelegenheit der Beerdigung eines Freidenkers eine Trauerrede gehalten, die nur Materialismus, Unglauben und Gottlosigkeit enthielt, und das Journal „la Verité de l'Ouest“ hat diese Rede ganz mitgetheilt.“ „Das ist freilich wahr, aber wenn man auch ein Materialist und Ungläubiger ist, so kann man doch ein ehrlicher und rechtschaffener Mann sein.“ „Ich habe nicht so geschlossen. Ich habe mir vielmehr gesagt: Da dieser Mann sich rühmt, weder an Gott noch an den Teufel zu glauben, so könnte er eines Tages auch einmal nicht mehr an die Ehrlichkeit und an das Gewissen glauben. Es mißfiel mir, als ich hörte, daß ein Mann, der mir 45.000 Frcs. schuldig war, bei einem Leichenbegängnisse Gott, die ewige Gerechtigkeit, für eine Chimäre erklärte, und darum habe ich mein Geld für gefährdet erachtet.“ „Es ist etwas Wahres in dem, was Sie da sagen; aber Sie hätten uns

doch den Dienst thun und uns warnen können.“ „Ich habe mir eine solche Zudringlichkeit nicht erlauben zu dürfen geglaubt. Uebrigens würden Sie auf mich auch nicht gehört und mich einfach als einen Klerikalen behandelt haben. Jetzt haben Sie unter eigenem Schaden gelernt, daß die Furcht Gottes der Anfang der Weisheit und folglich auch der Rechtschaffenheit ist.“

* (Das Rauchen in alter Zeit.) Wenn unsere heutigen Raucher plötzlich um 140 Jahre oder mehr zurückverlegt würden, so möchte es ihnen doch recht unbequem sein, sich erst von einer hohen Obrigkeit die Erlaubnis zum Rauchen zu erbitten. Um die angegebene Zeit aber herrschte überall in Deutschland diese Sitte und man durfte, nur mit einem Legitimationscheine versehen, sich mit einer Pfeife auf die Straße wagen. In Mainz wurde ein solches Dokument jüngst aufgefunden und dasselbe lautete wörtlich: „Vorzeicher dieses, Carl Graß, zu Bingen, Oberamt Mainz, hat Erlaubnis uff ein Jahr Tabak zu rauchen, gegen die Landtschreiberei bezahlte Gebühr, als 18 Kreuzer teuflicher Cours. Zweibrücken, den 23.8. 1729. W. Stein.“

Localnachrichten.

** (Telegraphen-Verkehrs-Störung.) Gestern Früh von 9 Uhr an mußte die telegraphische Correspondenz für Wien wegen eingetretener Linienstörungen sistirt werden, von 1 Uhr 30 Min. an auch gegen Pest. Die Einleitung der Correspondenz konnte auch auf Umwegen nicht ermöglicht werden, da auch anderweitig Störungen eintraten. Im Laufe des Vormittages langte eine einzige Depesche von Wien ein, die aber ihren Weg über Agram, Esseg und Pest nehmen mußte. (Auch wir hatten unter dieser Verkehrsstörung zu leiden, da uns die für unsere gestrige Nummer bestimmten Telegramme statt Mittags vor Schluß des Blattes erst gegen Mitternacht zukamen. S. die Uebersicht.)

** (Für die arme Familie) sind an milden Gaben abermals eingelaufen vom hochw. Herrn B. K. in B. 5 fl., N. N. 1 fl., hochw. Herrn D. W. in D. 5 fl. Innigstes vergelt's Gott!

** (Essentlicher Dank.) Das hiesige Wohlthätigkeits-Kränzchen spendete dem Vereine „Humanitas“ am 8. d. M. 10 fl., wofür Namens des Ausschusses und der armen fleißigen Schulknaben dem allerbesten Danke hiemit Ausdruck gegeben wird. — Der Vereinskassier.

Telegramme des „Nacht.“

Budapest, 10. März. Das Abgeordnetenhause nahm in der Specialdebatte über die Budgetvorlage die Position „Hoffstaat“ mit allen gegen die Stimmen der äußersten Linken an.

Berlin, 9. März. In der Verhandlung gegen den Redacteur der „Germania“ Kosiolik, wegen verschiedener Preßvergehen beantragte der Staatsanwalt eine dreijährige Gefängnisstrafe und die sofortige Verhaftung, um die Staatsbürger gegen fernere Beleidigungen des Angeklagten zu schützen. Die Publication des Urtheils wurde bis Samstag Nachmittags ausgesetzt.

Versailles, 10. März. Buffet lehnte den Eintritt in ein Ministerium Audiffret-Dufaure ab, desgleichen die von der Gruppe Wallon beantragte Combination, und dankte der Nationalversammlung für seine Wiederwahl zum Präsidenten.

Madrid, 10. März. Der türkische Gesandte ist hier eingetroffen.

London, 10. März. Im Oberhause lehnte Derby die Vorlage der Correspondenz über den Abschluß der Handelsverträge zwischen den Nordmächten und den Donaufürstenthümern ab.

Uebersicht der Marktpreise vom 8. März.

Mehl pr. n. 6. Cir.: Mund- 10 fl. 90 kr., Semmel- 6 fl. 50 kr., Weißpohl- 5 fl. 80 kr., Schwarzpohl- 4 fl. 50 kr. Heu (ungebunden) sammt Zufuhr 1 fl. 70 kr. — Die Halbe: Erbsen 20 kr., Linsen 20 kr., Bohnen 10 kr., Graublen 14 kr., Hirse 10 kr., Haide 10 kr., Gries aus Weizen 15 kr., Wein, neuen

20 kr., alter 24 kr. Bier, ordinäres, 12 kr., Brauntwein 20 kr. — Stroh (1 Bund zu 12 Pfund) Schabstroh 12 kr., Mittstroh 5 kr., Futterstroh 12 kr. — Brennholz (eine niederösterreich. Klafter in 36 Zoll langen Scheitern) hartes: Buchen- 23 fl. — kr., Berreichen — fl., Kasten eichen- — fl., Weißbuchen- 18 fl.; weiches: Nadel- — fl., Nu- — fl. Kerzen (Pfund) gegossene 40 kr., ordinäre 40 kr., Seife 28 kr. Brennel (pr. Pfd.) von Reppsaamen 24 kr., von Leinsaamen 24 kr., Rindfleisch 28—30 kr., Rindschmalz 60 kr., Schweineschmalz 48 kr., Speck 48 kr. Schweinefleisch 38 kr., Setafleisch 38 kr., Kalbfleisch 34 kr., Schafffleisch 24 kr., Butter 80 kr., guter Käse 48 kr., 1 Centner Schweinefett 50 fl., 1 Centner Unschlitt, geläutert, 38 fl. — kr., ungeläutert 20 fl. — kr., 1 Centner Rindschmalz 58 fl., 1 Centner Mohar 1 fl. 30 kr., 1 Ct. ungelöschter Kalk 1 fl. — kr., 1 Metz. Erdäpfel 1 fl. 40 kr., 1 Centner Zwiebel, roth, — fl. — kr., weiß 4 fl., 1 Centner neues Heu — fl. — kr., 1 Centner Grummet — fl. — kr., Centner Rüben — kr.

Meteorologische Beobachtungen vom 9. März.

Zeit	Barometer-stand bei 0° C. in Millim. u. in Linien	Temperatur nach Celsius nach Reaumur	Windrichtung u. Stärke	Feuchtigkeit in Prozenten	Wolken- und Regen-stand	Wetter	Windrichtung u. Stärke
7 1/2 U.	754.29	+ 1.4	41	98	MD	1	10
2 „	752.85	+ 0.2	45	96	MD	1	10
9 „	750.40	+ 0.4	44	98	MD	1	10

Temperatur-Extreme: -2°50, +1°57 Cels. —
 Zungehalt: während der Nacht 13, während des Tages 9.
 Barometer fällt noch immer und zwar sehr rasch.
 Sehr große Feuchtigkeit; aber die Temperatur erhob sich nur Mittags über den Eispunkt. Uebrigens den ganzen Tag bewölkt; Nachmittags Regen.

Wiener Börse vom 9. März.

Spec. Papier-Rente	Geld	Waar.
derte in Silber	71.75	71.85
ungarische Grundentl.-Oblig.	76	76.10
siebenbürgische	78.75	79.25
Weinzebeln-Abföhrungs-Oblig. 100 fl.	76.80	77.20
1864er Staatslose	73.75	74
1860er ganze	112.50	112.80
1860er Ainfstel	115.25	115.75
Credit	169.25	169.50
Apr. Dampfschiff	100	94.75
Diner	40	27.50
Graf Salin	40	34.50
„ Falfid	40	27.25
„ Claro	40	27.50
„ St. Genois	40	27.50
„ Waldheim	20	23.25
„ Reglerich	10	13.75
Rudolflose	10	13.75
Ungar. Prämien-Anlehen	83.25	83.50
Eürtenslose voll eingezahlt	56.50	56.75
Nationalbank	961	963
Creditanstalt dfl. zu 160 fl.	231.25	231.50
Credit. a. u. z. 200 fl. 80vct.	215.50	216
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	137.50	137.75
Anglo-Hungarian 200 fl. Silber	18	18.50
Franco-Austrian	52	52.50
„ Hungarian	59.75	60.25
Nordbahn 1000 fl.	970	1980
Staatsbahn	312	314
Leiberg-Szernowitz-Bahn	145	145.50
Ung. Nordostbahn	119.50	120.50
Ung. Ostbahn	55	55.50
Siebenbürger Bahn	129.50	130.
Ungar. Eisenbahnanlehen	99.40	99.80
Rand-Ducaten	5.24	5.25
Deft.-ung. 8 fl.-Goldst.	8.88	8.89
Preuß. Thalerfcheine	1.63	1.64
20-Francsstück	8.88	8.89
Silber	104.90	105.10

Correspondenz der Redaction.

Herrn Innthal in Wien: Von Tagblättern nur „Magnar Allam“; Wochenblätter haben nur ausschließlich locale Bedeutung.

Weltberühmt
als
Fflaschen-Bier
ist das vorzüglichste aller Biere:
Schwechater
Lagerbier
welches stets in bester Qualität, echt und unverfälscht zu haben ist bei
M. Waltersdorfer,
Spezereihandlung „zum Stock im Eisen“
in Preßburg, Ecke Lorenzergasse und Grünmarktplatz Nr. 66.
1/2 Maß Lagerbier incl. Flasche 28 kr.
1/2 Maß Kaiserbräu „ 30 kr.
1/2 Maß Bock-Bier „ 35 kr.
Leere Flaschen werden mit 10 kr. zurückgenommen. Bestellungen nach auswärts werden bei Angabe mit Nachnahme prompt ausgeführt.

Reihen-Säemaschinen
nach Savett, mit schmiedeeisernen Laufrädern, sowie breitwürfige
Säemaschinen nach Smyth,
Pernollet's
Original französische
Trieurs
zum Ausscheiden von Nadeln, Wicken, Haser etc. aus allen Getreidearten, ausgezeichnet durch größere Leistungsfähigkeit, ruhigen, geräuschlosen Gang und genaue Abcheidung der Unkraut samen, liefern prompt und unter Garantie
Clayton & Shuttleworth
Fabrikanten landw. Maschinen.
Aufträge übernimmt das Commissions-Haus **A. Raabe & Comp.** (Comptoir: Langegasse, Primatialpalais), und die **General-Agentschaft** der „EUROPA“ Comptoir: Langegasse Nr. 77 im 1. Stock in Preßburg.

Die k. k. Hof-  Kunst-Anstalt
für
Stickerei, Weberei & kirchliche Paramentik
des **Carl Giani,**
Wien, Stadt, Seilergasse Nr. 9,
erlaubt sich einem hochwürdigem Clerus ihr wohlaffortirtes Lager von Specialitäten in Paramenten, Stickereien und kirchlichen Aunftgegenständen
auch gegen Annahme von **Ratenzahlungen** zu empfehlen.
Preis-courante gratis; Muster-sendungen auf Verlangen. — Solide Ausführung. — Billige Preise.
Zur Beachtung: Erlaube mir ferner einen hochwürdigem Clerus zu eruchen, Reisenden oder Agenten, die sich nicht mit meiner Firma gehörig legitimiren, kein Gebör zu schenken, und erlaube mir auf den von mir in Nr. 270 d. Bl. beigelegten Preis-Courant besonders aufmerksam zu machen.